

standpunkt

DER WIRTSCHAFT



12. Juni 2007 | Nummer 216 | 10. Jahrgang

Offizielles Informationsorgan der WIRTSCHAFTSKAMMER
BASELLAND

editorial

Was kümmern uns denn die Schulen!



Hans Rudolf Gysin
Nationalrat, Direktor
Wirtschaftskammer
Baselland

Leider ist immer wieder festzustellen, dass die Meinung der Bevölkerung – auch einzelner KMU – zu unserer Grundschulen oft zwischen Gleichgültigkeit und Skepsis pendelt. Für die eigenen Kinder ist sie kein Thema mehr. Also was solls? Mit Verlaub: Das ist eine kurzsichtige und gefährliche Denkweise!

Auch wenn ich jetzt Gefahr laufe, als Sänger des alten Liedes von der «Jugend als unsere Zukunft» abgestempelt zu werden, stelle ich banal die Frage – auch an unsere KMU: Wovon wird denn unser beruflicher Nachwuchs geprägt? Wer sorgt für die Basisausbildung, damit der Fachkräftemangel nicht noch grösser wird? Und woraus rekrutieren sich auch jene jungen Berufsleute, die selber einmal ein KMU gründen oder übernehmen wollen?

Die Qualität der Grundausbildung der heutigen Schulgenerationen ist eine eigentliche Existenzgrundlage für unsere Wirtschaft – allem voran der KMU-Wirtschaft. Deshalb gehört die Bildungspolitik auch zu den Kernaufgaben der Wirtschaftskammer Baselland. Wir wollen und müssen uns dazu laut und deutlich einmischen und Stellung beziehen – auch zum neuen Bildungsraum Nordwestschweiz, wie im Interview auf den folgenden Seiten.

Nordwestschweizer Kantone wollen gemeinsamen Bildungsraum entwickeln:

«Längst fälliger Schritt in die richtige Richtung»



In welche Zukunft gehen diese Schulkinder? In eine – zumindest in der Nordwestschweiz – schul-harmonisierte?

Mit dem Ziel, in den Kantonen AG, BL, BS und SO ein weitgehend harmonisiertes Schulsystem aufzubauen, haben die Regierungen dieser vier Nordwestschweizer Kantone Ende Mai ihre entsprechende Absichtserklärung vorgestellt. Die Vernehmlassung läuft bis September 2007. Das Ergebnis wird entscheiden, ob sich ein tragfähiger Staatsvertrag der vier Kantone abschliessen lässt. Im folgenden Interview nehmen Urs Berger und Markus Meier von der Wirtschaftskammer Baselland zu diesem interkantonalen Vorstoss Stellung.

Standpunkt: Was war Ihre erste Reaktion, als Ende Mai die vier Kantone ihre Erklärung zum «Bildungsraum Nordwestschweiz» publiziert haben?

Markus Meier: Eine positive Überraschung, denn nach den sich abzeichnenden Sonderzügen einzelner Kantone zum nationalen Harmonisierungskonzept «HarmoS» wagte ich nicht mehr zu hoffen, dass ein vernünftiges Zusammengehen der Kantone – speziell auch in unserer Region – noch möglich würde. Für mich ist der Vorstoss für einen gemeinsamen

Bildungsraum Nordwestschweiz der längst fällige Schritt in die richtige Richtung.

Urs Berger: Und dieser Schritt ist auch für unsere regionale KMU-Wirtschaft – vor allem hinsichtlich der Berufsbildung – von grosser Bedeutung. Die bisherigen teils enormen Unterschiede nicht nur der Schulsysteme innerhalb der vier Kantone, sondern vor allem auch der Bildungsinhalte bzw. der Bildungsziele haben die Berufsausbildung grösserenteils enorm

Fortsetzung auf Seite 2



in dieser ausgabe

Interview zur MwSt-Reform 4

Nationalrat Philipp Müller hält fest, was für die KMU-Wirtschaft wichtig ist.

Bundeshaus im Visier 5

Kolumnist Peter Amstutz kritisiert die ungebremste Regulier- und Besteuerungs-Wut einzelner Bundesbeamter.

Faire Preistransparenz 7

Erläuterungen zur neuen Preisbekanntgabe-Verordnung

Bürokratische Auswüchse 11

Bericht von der GV des Verbandes Basellandschaftl. Elektroinstallationsfirmen (VBLEI).

Suissetec und Bäckermeister 12

Die Jahresversammlungen zweier Branchenverbände im Rückblick

Metall-Union und VSU 13/14

Partnerschaft mit BS und ein neuer Auftritt waren die zentralen Themen dieser beiden Verbände.

EURO 08: Countdown läuft 15

In Liestal wurde die «Countdown-Uhr» zur EURO 08 enthüllt.

Impressum

standpunkt

Auflage: über 17 500 Exemplare

Erscheinungsweise: 20-mal jährlich

Herausgeber:

- Wirtschaftskammer Baselland
- Arbeitgeber Baselland
- Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft

Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.wirtschaftskammer.org

e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF Institut für Wirtschaftsförderung, Haus der Wirtschaft, 4410 Liestal

Inserate: Simone Zihlmann, Atelier Donelli, Postfach, 4009 Basel
Tel. 061 303 83 55, Mail: donelli@freesurf.ch

«Standpunkt» ist die offizielle Zeitung der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder und Mitgliedsverbände. Das Abonnement für die Mitglieder ist im Jahresbeitrag inbegriffen.

Abdruck von Beiträgen mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Für die Jugendlichen und die KMU-Wirtschaft in der Nordwestschweiz nur Vorteile

«Wir begrüßen den Bildung

→ Fortsetzung von Seite 1

erschwert. Wenn es jetzt gelingt, zumindest in unserer Region eine weitgehende Übereinstimmung vor allem der Bildungsinhalte und -ziele zu erreichen, wird sich das zweifellos auch in der Berufsausbildung sehr positiv auswirken.

Wie meinen Sie das?

Berger: Ganz pragmatisch: Wenn wir für unseren Lehrbetriebsverband Lernende mit vergleichbarem Schulabschluss aus den vier Kantonen – zum Beispiel Sekundarschule I – rekrutieren, so müssen wir immer wieder feststellen, wie gross die Unterschiede des Bildungsstandes sind, gerade in den Grundfächern Mathematik, Sprachen und in den naturwissenschaftlichen Fächern. Das kostet nicht nur den Berufsschulen viel Aufwand, um dieses Niveau in etwa anzugleichen, sondern führt auch in den Lehrbetrieben immer wieder zu Enttäuschungen und letztlich zu Spannungen.

Denken Sie, dass das besser wird, wenn in den Nordwestschweizer Kantonen zum Beispiel einheitlich das System 6/3 eingeführt wird?

Meier: Aus Sicht der KMU-Wirtschaft im Sinne der Berufsbildung wird im anvisierten neuen Bildungsraum Nordwestschweiz wichtig sein, dass die 16- bis 17-Jährigen ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau haben, wenn sie eine Berufslehre beginnen – gerade in den Fächern, die Urs Berger bereits erwähnt hat. Krass ausgedrückt: Es kann wohl nicht Aufgabe des Lehrbetriebes sein, seinem Lehrling zuerst noch Rechnen und Rechtschreibung beizubringen.

Und ebenso wichtig erscheint mir, dass dieses Niveau innerhalb der vier Kantone dank optimaler Koordination möglichst gleichwertig ist. Schliesslich ist es dann auch nicht unwichtig, wenn die Schulsysteme in den vier Kantonen



Analyse des Bildungsraumes Nordwestschweiz: Markus Meier (l.), Vizedirektor, und Landrat Urs Berger, Bereichsleiter Berufsbildung der Wirtschaftskammer.

möglichst vergleichbar sind. Ich denke da nicht zuletzt an die Flexibilität bei der Arbeitsplatzwahl. Da ist es schon ein grosser Vorteil, wenn bei einem allenfalls notwendigen Wohnorts- und Schulwechsel der Übergang für die Kinder möglichst einfach ist.

«Es ist zu hoffen, dass das Harmonisierungsziel nicht dem Hickhack der Partikularwünsche und der lieben Gewohnheiten zum Opfer fällt.»

Berger: In diesem Sinne begrüssen wir es auch, dass mit dem Bildungsraum nicht nur eine Harmonisierung der Schulsysteme angestrebt wird, sondern auch zum Beispiel der Leistungstests und der Anforderungsprofile. Ich hoffe dann aber, dass gerade diese Anforderungsprofile im zweiten Teil der Grundschule auch mit den rea-

len Anforderungen einer heutigen Berufslehre abgestimmt werden – also nicht im luftleeren Raum ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse der KMU-Wirtschaft konzipiert und festgelegt werden.

Nachholbedarf sehe ich da vor allem in der Berufswahlbegleitung der etwa 15- bis 17-Jährigen, vor allem auf der Sekundarstufe II und in den Progymnasien, wo sie heute zu diesem Thema noch häufig fast alleingelassen werden. Diese Begleitung ist ja auch wichtig für jene, welche die Universitätslaufbahn im Visier haben. Die Weichenstellung für die Berufswahl muss für alle Stufen gerade in diesem Alter optimal vorbereitet werden.

Meier: Und ebenso ist zu hoffen, dass dieser Harmonisierungsansatz der vier Nordwestschweizer nicht dem Hickhack der teilweise doch recht abgehobenen Partikularwünsche und der lieben Gewohnheiten zum Opfer fällt.

gsraum»



Es ist klar, dass dieses Zusammenraufen von jedem Kanton Flexibilität sowie auch den einen oder anderen Verzicht auf Traditionen verlangt, wie dies unser Erziehungsdirektor, Regierungsrat **Urs Wüthrich-Pelloli**, im Rahmen der Medienorientierung zum Bildungsraum betont hat. Es wäre verheerend, wenn das Harmonisierungsziel wie vor 20 Jahren am «Kantönligeist» scheitern würde.

Haben Sie aus Sicht der KMU-Wirtschaft weitere Anliegen an den Bildungsraum Nordwestschweiz?

Berger: Wir haben es geschafft, in der Berufsbildung drei in sich stimmige Stufen zu schaffen, die grundsätzlich die Bedürfnisse der Wirtschaft abdecken. Wir haben erstens den **Unterbau mit einer Berufslehre**, wo Fachkräfte ausgebildet werden, die zum Beispiel in der Produktion für einen qualitativ hochwertigen Output sorgen. Ohne diesen

Unterbau könnte gerade die KMU-Wirtschaft kaum konkurrenzfähig produzieren und anbieten. Banal ausgedrückt: Es bringt den KMU wenig, wenn nur gescheite «Häuser» austüfteln würden, wie zum Beispiel ein Badezimmer mit Energie und Wasser versorgt wird, aber dann der Spengler, Elektriker oder Plättlileger fehlen, die dieses Badezimmer tatsächlich in hoher Qualität auch so bauen können.

Dann haben wir die mittlere Stufe mit der **Fachhochschule**, wo Berufsleute aus der Praxis heraus für Aufgaben zum Beispiel in der Arbeitsvorbereitung, Verfahrensentwicklung, Prozesssteuerung, Qualitätskontrolle oder Kalkulation heran gebildet werden. Und schliesslich haben wir die **Hochschulstufe**, wo Fachkräfte ausgebildet werden, die vor allem in der Forschung und Entwicklung – also im wissenschaftlichen Bereich – oder in Bereichen wie Management tätig sind.

Für die Wirtschaft – gerade auch die KMU-Wirtschaft – sind alle drei Stufen gleichwertig und gleich wichtig, weil die eine Ebene im Unternehmen nicht ohne die andere arbeiten kann.

Die Grundschule hat also die Aufgabe, Leute auszubilden, die auf allen drei Stufen mit einem hohen Qualitätsanspruch einsetzbar sind. Nur wenn diese drei Stufen gleichwertig betrachtet und entsprechend geschult werden, sind nicht nur unsere Wirtschaft, sondern letztlich auch jeder einzelne Berufstätige im harten Wettbewerb auch wirklich konkurrenzfähig.

Erfüllt die Schule denn diese Aufgabe nicht schon heute?

Meier: Punkto Zielsetzungen schon, in der Praxis jedoch muss festgestellt werden, dass der Trend, die Jugendlichen ums «Verworgen» ins Gymnasium zu bringen, weiterhin deutlich spürbar ist. Holzschnittartig gesagt: Die Wirtschaft hat keinen Mangel an Akademikern – von einzelnen Sparten vielleicht mal abgesehen. Es macht sich jedoch zunehmend ein Fachkräftemangel vor allem im mittleren Bereich – auf Fachhochschul-Niveau – bemerkbar.

Uns fehlen Leute, die Verfahren und Produkte zur Produktionsreife bringen, die Produktion wirtschaftlich in Gang setzen und eine hochstehende Qualität zu einem konkurrenzfähigen Preis sicherstellen. Längerfristig gesehen fehlt gerade der KMU-Wirtschaft aber auch der Nachwuchs, der neue Firmen gründet oder in der Lage ist, bestehende zu übernehmen. Auch dafür ist das mittlere Bildungsniveau der Fachhochschule ideal.

Wie ist dieses Problem zu lösen?

Berger: Ganz trocken aus der Praxis beurteilt, bin ich überzeugt, dass in der Grundschule dieser mittlere Bildungsweg und insbesondere seine hervorragenden Chancen noch zu wenig bewusst sind. Intelligentere Schüler werden dann oftmals zu einer universitären Laufbahn motiviert oder gar gedrängt, selbst wenn sie darüber letztlich gar nicht so glücklich sind.

Doch auch den Eltern ist der Fachhochschul-Weg als hervorragende und zukunftssträchtige Alternative zur Universität noch zu wenig bekannt bzw. bewusst. Es spielen dabei auch immer noch Prestigefragen mit. Die Grundschule müsste viel stärker als bisher die Fachhochschulbildung als oft optimalen Weg vermitteln.

In der Grundschule muss wieder vermehrt auch das Leistungsprinzip gepflegt werden.

Meier: Aus meiner Sicht muss in der Grundschule aber auch wieder vermehrt das Leistungsprinzip gepflegt werden – und zwar auf allen Bildungsstufen.

Wenn ein Jugendlicher aus der Schule in die Berufslehre kommt – oder heute mit der Bologna-Reform auch an die Universität geht – dann steht er unter einem zunehmend härter werdenden Leistungsdruck. Mit einer Schule, die dieses Leistungsprinzip nicht schon von der ersten Klasse an pflegt, wird der Schock im Alter von 16 bis 20 Jahren dann umso grösser sein und damit auch die Gefahr eines Absturzes.

Ich weiss, dass dies einzelne Pädagogen, die eine «Wohlfühl»-Schule bevorzugen, nicht gerne hören. Ich denke aber, dass die Schule den Jugendlichen keinen Gefallen tut, wenn diese nicht auf diese harten Realitäten vorbereitet werden.

«Alles entscheidend für den Erfolg des Bildungsraumes wird sein, wie sehr die Schulen selbst bereit sind, sich zu reformieren.»

Wie ist Ihre Prognose für den «Bildungsraum Nordwestschweiz»? Hat er eine reale Chance, dass er auch tatsächlich umgesetzt wird?

Berger: Schwer zu sagen aus heutiger Sicht. Alles entscheidend wird sein, wie sehr die Schulen selbst bereit sind, sich zu «reformieren»; sie also im Sinne des Ganzen – und damit in direktem Interesse der Jugendlichen, für die sie eigentlich da sind – bereit sind, einerseits Abstriche an lieb gewordenen Gewohnheiten zu machen und gehegte Gärtchen für Neues zu öffnen und sich andererseits diesem Neuen auch aktiv und kreativ zu stellen. Gelingt dies den Schulen – und zwar in allen vier Kantonen – dann stehen die Chancen gut, dass wir tatsächlich zu einem harmonisierten Bildungsraum kommen. Allerdings erfordert dies auch Zeit.

Die KMU-Wirtschaft begrüsst den Bildungsraum Nordwestschweiz ganz sicher. An ihr wird es auch nicht fehlen, ihren Beitrag an den Erfolg zu leisten. Allerdings muss sie – gerade an der Schnittstelle Schule-Beruf – ihre Bedürfnisse einbringen können, die schliesslich auch berücksichtigt werden.

Meier: Ich hoffe sehr, dass dieser Bildungsraum tatsächlich entsteht. Ich betone dies nicht zuletzt deshalb, weil seit bald zwei Jahrzehnten eine Schulreform die andere jagt, teilweise sogar noch, bevor die vorhergehende überhaupt umgesetzt werden und sich bewähren konnte. Wir haben seit vielen Jahren viele Baustellen eröffnet und noch keine so weit fertiggestellt, dass auf diesem Fundament das Wichtigste wieder oberste Priorität hat: nämlich unsere Kinder optimal auszubilden.

Ich bin sicher, dass dafür mit der Umsetzung des Bildungsraumes eine wichtige Grundlage geschaffen wird. Wobei auch mir sehr bewusst ist, dass ein «Umbau» an die Architekten deutlich höhere Anforderungen stellt als ein «Neubau». So wünschen wir dem sehr anspruchsvollen «Umbau Bildungsraum Nordwestschweiz» nur eines: den grösstmöglichen Erfolg.

 Interview: ebo.

finanzausgleich

Neuer Finanzausgleich auf dem Zielstrich:

Gewinner- und Verlierer-Kantone



NFA: jetzt reale Zahlen vom Bund.

Sieben Kantone werden unter dem Regime des neuen Finanzausgleichs (NFA) stärker belastet, alle ändern weniger stark als heute. Nach absoluten Beträgen für 2004/05 ergibt sich folgendes Bild:

Von den sieben Geberkantonen muss der ressourcenstärkste Kanton Zug mit einer Mehrbelastung von 116,9 Millionen Franken am meisten bluten. Es folgen Zürich mit 112,7, Genf mit 87,9, Schwyz mit 37,6, Tessin mit 27,2, **Basel-Landschaft mit 15,6** und Nidwalden mit 2,3 Millionen.

Am stärksten entlastet wird St. Gallen mit 145,8 Millionen Franken. Dahinter rangieren Bern (115,5), Solothurn (82,7), Aargau (80,2), Thurgau (66,8), Luzern (38,6), Wallis (37,0), Uri (31,3), Freiburg (30,9), Neuenburg (12,3), Jura (9,2), Graubünden (9,1), Appenzell Innerrhoden (6,0), Appenzell Ausserrhoden (6,0), Obwalden (4,4), Schaffhausen (4,1), **Basel-Stadt (3,9)**, Glarus (1,3) und Waadt (1,2). Insgesamt ist der Übergang zum NFA für die Kantone haushaltneutral.

Die Globalbilanz berücksichtigt einerseits die finanziellen Folgen der Aufgabenentflechtung, die Reduktion der Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer und den Wegfall des heutigen Finanzausgleichs, andererseits den neuen Ressourcenausgleich, den Lastenausgleich und den befristeten Härteausgleich. (sda.)

Nationalrat Philipp Müller zur Frage der Mehrwertsteuerreform

«MwSt-Revision muss KMU

Bis Ende Juli haben Parteien und Verbände Zeit, sich zu der geplanten Reform der Mehrwertsteuer zu äussern. Der Aargauer Nationalrat und Bauunternehmer Philipp Müller, ein ausgewiesener Kenner der Materie, hat seine Meinung weitgehend gemacht, wie er im folgenden Gespräch mit der Schweizerischen Gewerbezeitung festhält.

Redaktion: Was halten Sie generell von der vorgeschlagenen Reform?

Philipp Müller: Wir müssen uns zuerst einmal das Grundprinzip der Mehrwertsteuer vor Augen halten: Es geht um eine Steuer, die den Konsum besteuern soll – nichts anderes. Mit der heutigen Regelung sind wir jedoch weit davon entfernt, ist doch die Mehrwertsteuer zunehmend zu einer eigentlichen Unternehmenssteuer verkommen. Daher begrüsse ich die Totalrevision sehr. Die Zielsetzung muss aber klar in Richtung Entlastung der Unternehmen – vorab der KMU – gehen und die Mehrwertsteuer zu dem umgestalten, was sie schon immer sein sollte – eine Konsumsteuer.

Wie umfassend ist die Reform, die der Bundesrat nun vorlegt?

Die Vorlage umfasst drei Module. Mit dem Modul «Steuergesetz» wird das geltende System umfassend reformiert. Das Modul «Einheitssatz» geht noch weiter und vereinfacht das System als solches. Das dritte Modul «2 Sätze» ist eine Rückzugsposition, wenn der Einheitssatz politisch abstützen sollte. Aus der Sicht der KMU erscheint das Modul Steuergesetz am wichtigsten, weil sie heute am meisten unter einer bürokratischen Steuerkultur leiden.

Sind das echte Verbesserungen – oder handelt es sich nur um Kosmetik?

Es ist tatsächlich so, dass das Modul «Steuergesetz» auf die Be-



Der Paragraphen-Dschungel der MwSt. muss endlich gelichtet werden.

seitigung bestehender Mängel hinzielt. Die Zielsetzungen und die Stossrichtung dieses Moduls sind gut. Es bringt zahlreiche Verbesserungen.

«Es besteht die Gefahr, dass der Vorsteuerabzug als Fiskalquelle missbraucht wird.»

Der Teufel steckt bekanntlich aber im Detail. Welche Änderungen passen Ihnen nicht und was möchten Sie noch zusätzlich im Gesetz?

Es gibt einige wesentliche Punkte die geändert werden müssen. Für die Firmen ist eine unternehmerfreundliche Regelung des Vorsteuerabzuges von grosser Bedeutung. Diesbezüglich ist der Gesetzesentwurf noch wesentlich zu verbessern. Es besteht weiterhin die Gefahr, dass der Vorsteuerabzug als Fiskalquelle missbraucht wird.

Gleiches gilt für die Vorsteuerkürzung bei Subventionen und Spenden.

Die in diesem Bereich vorgeschlagene Weiterführung der heutigen Regelung hat nichts mit einer Konsumsteuer zu tun. Sie bewirkt, dass der Bund über die Mehrwertsteuer vom Einkommenssteuersubstrat der Kantone und der Gemeinden profitieren kann.

Abzulehnen sind auch die temporären Satzerhöhungen für die Finanzierung von Kompensationsmassnahmen. Sie verteuern die Vorlage für die Unternehmen. Auch das Verfahrensrecht muss noch massiv verbessert werden, wenn auch hier – beispielsweise im Bereich des Beweisrechts – erhebliche Fortschritte gegenüber heute erkennbar sind.

Können Sie den Handlungsbedarf im Bereich des Verfahrensrechts etwas verdeutlichen?

entlasten»



kann der Steuerpflichtige nicht mehr über eine Erhöhung des Vorsteuerabzugs kompensieren.

Nicht alle KMU begrüßen die vorgeschlagene Anhebung der Mindestumsatzgrenze von heute 75'000 auf 100'000 Franken, weil dies den Wettbewerb noch mehr verzerrten würde. Ist dieser Schritt wirklich nötig?

Die reine Lehre müsste eigentlich verlangen, dass es gar keine Mindestumsatzgrenze gibt, weil die unter dieser Limite liegenden, steuerbefreiten Angebote naturgemäss bevorteilt sind gegenüber jenen, die über dieser Grenze liegen. Eine Anhebung lässt sich aufgrund dieses wettbewerbsverzerrenden Effekts nur schlecht rechtfertigen. Die Erhöhung kann man bestenfalls mit der Anpassung an die Teuerung begründen.

«Die Mindestumsatzgrenzen schaffen einen viel schlimmeren Sündenfall als die Steuerausnahmen.»

Persönlich würde ich also die heutige Limite von 75'000 beibehalten; ebenso die Limite von 150'000 für gemeinnützige Organisationen und Sportvereine. Die Mindestumsatzgrenzen schaffen übrigens einen viel schlimmeren Sündenfall als die Steuerausnahmen. Sie führen zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der gleichen Branche.

Das Gewerbe ist in Sachen Steuersatz klar gespalten, der Widerstand gegen den Einheitssatz ist stark. Wie beurteilen Sie dies?

Da stellt sich für mich zuerst einmal die Frage, ob die Gegner des Einheitssatzes sich bewusst sind, dass sie all jenen einen Bären dienst erweisen, die heute innerhalb des gleichen Betriebes bis zu drei verschiedene Mehrwertsteuersätze anwenden müssen.

Dies betrifft beispielsweise den Lebensmittelhandel mit der Abgrenzung zwischen den Bereichen Food, Non-Food sowie Food und gastgewerblichen Leistungen.

Fortsetzung auf Seite 6 →

bundeshaus im visier

Lärm? Kein Problem, wenn die Kasse klingelt

Beamte tun angeblich wenig bis nichts, spottet der Volksmund häufig. Schon vom Berner Beamten-Mikado gehört? Bitte sehr: Wer sich als erster rührt am Bundesschreibtisch, hat verloren...



Peter Amstutz
Bundeshaus-Redaktor*

Rühriger – oder rührender – Bundesdiener?

Für einmal ist aus Bern von einem fleissigen Bundesdiener zu berichten, der sich gerührt hat, und wie! Die Rede ist von Dr. rer. pol. Gérard Poffet, einem der drei Vizedirektoren des Bundesamtes für Umwelt (BAFU).

«Wirtschaftliche Anreize», so liess er sich per Interview vernehmen, wären das richtige Mittel, um den Umweltlärm zu bekämpfen: «Eine Lenkungsabgabe auf Lärm.»

Neue teure «Lärm-Hypothek» im Visier

Das hört sich im Originalton Poffet so an: «Unsere Idee heisst Lärmhypothek. Dieses Instrument wird derzeit auf seine Machbarkeit untersucht. Das Konzept: Wer Lärm macht, hat eine Verantwortung gegenüber jenen, die unter Lärm leiden. Er hat dadurch eine Schuld gegenüber der Gesellschaft, er hat eine Hypothek.

Entweder bezahlt der Lärmproduzent laufend Zinsen für diese Hypothek und entschädigt die Gesellschaft so für den Schaden, den er anrichtet. Oder aber er zahlt die Hypothek zurück, das heisst er reduziert den Lärm. Wenn die Zinsen hoch genug sind, wird der Lärmproduzent aus wirtschaftlichen Gründen den Lärm reduzieren.»

Nur Spatzen dürfen gratis weiterpfeifen

Begriffen? Der allmächtige und allgegenwärtige Staat erklärt die Ruhe zu seiner kostenpflichtigen Dienstleistung für alle Bewohner des Landes – obwohl er selber zum Beispiel mit dem Schienen- und Flugverkehr (zivil und militärisch) zu den grössten Lärmverursachern gehört.

Nur die Spatzen dürften weiterhin pfeifen, beruhigt Poffet: «Das Vogelgezwitscher ist kein Lärm, weil es nicht stört, auch wenn es den Wert von 60 Dezibel übersteigt. Hingegen bei einer Strassenlärmbelastung von 60 Dezibel fühlen sich 25 Prozent der Leute gestört. Das ist ein Mittelwert, auf den man sich in der Lärmschutzverordnung geeinigt hat.»

Na also. Wer die künftig zahlenden Lärmverursacher demnach wären, das weiss Poffet ganz genau: «Mit der Zunahme des Verkehrs ist der Lärm zu einer Dauerbelastung geworden. Der Lärm klingt nicht mehr ab. Er geht einem dauernd auf die Nerven. Und permanenter Lärm, auch wenn er in Dezibel gemessen nicht sehr laut ist, macht die Leute krank. Er verursacht ein permanentes Stressgefühl.»

Zu viel Lärm um den Lärm

Genug der Tollerei, Schluss mit dem Unfug! Man kann auch zu viel Lärm um den Lärm machen. Der Aargauer SVP-Nationalrat Hans Ulrich Mathys hat zu Poffets Bundesfuz gesagt: «Zuerst dachte ich an einen verspäteten Aprilscherz. Dann mutmasste ich, dass die April-Hitze dem BAFU zugesetzt habe. Die werden es sicher noch fertig bringen, dass auch Schnarcher ihren Obolus entrichten müssen.» Wetten, dass?

* Der Kolumnist ist akkreditierter Bundeshaus-Redaktor und war bis Ende 2003 Leiter der Bundeshaus-Redaktion der Basler Zeitung. Er vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

→ Fortsetzung von Seite 5

Oder die Floristen und Gärtner, die Medienbranche, mit der unterschiedlichen Behandlung elektronischer Datenträger im Vergleich zu Büchern und Zeitschriften, und es betrifft die Apotheken sowie nicht zuletzt das Gastgewerbe mit den heute drei Sätzen usw.

Wir Unternehmer können uns doch nicht lauthals beschweren, dass die Mehrwertsteuer zu kompliziert und zu teuer sei und uns dann beklagen, wenn der Finanzminister nicht bloss eine kosmetische Reform, sondern auch eine konzeptionelle Vereinfachung vorlegt. Natürlich werden durch das Modul Einheitsatz einzelne Branchen mehr belastet als andere. Diese Nachteile beziehen sich aber auf den Zeitpunkt der Umstellung und stehen in keinem Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Vorteil, der erzielt wird.

«Die Abschaffung der Ausnahmen und die Satzvereinheitlichung könnten nach Schätzungen ein Wachstum des BIP von rund einem Prozent bringen.»

Können Sie diesen Vorteil etwas genauer umschreiben?

Zum einen erhalten die heute im ausgenommenen Bereich tätigen Branchen bei ihrer ersten Abrechnung – aufgrund der Einlagesteuerung – ungefähr 1,7 Milliarden Franken an früher bezahlten Mehrwertsteuern zu-

rück. Dieser Betrag deckt ihre einmaligen Umstellungskosten bei weitem.

Durch die Vereinfachung werden alle Unternehmen tiefere Entrichtungskosten haben. Dazu kommen noch die dynamischen Effekte. Schätzungen gehen davon aus, dass die Abschaffung der Ausnahmen und die Satzvereinheitlichung ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von rund einem Prozent bringen dürften.

Heute werden die Lebensmittel mit 2,4 Prozent besteuert. Ein höherer Einheitsatz würde doch die unteren Einkommenschichten am stärksten treffen.

Diese Behauptung hält einer näheren Überprüfung nicht stand. Heute werden die meisten Produkte in einem Warenkorb einer durchschnittlichen Familie nicht mit dem Satz von 2,4 Prozent, sondern mit 7,6 Prozent belastet. Bei einem Einheitssteuersatz würden zwar die Lebensmittel, Wasser, alkoholfreie Getränke sowie Radio- und TV-Gebühren etwas teurer. Diese machen aber nicht einmal 15 Prozent des Warenkorbs aus.

Im Gegenzug würden Haushaltsmöbel, Geschirr, Unterhaltskosten, Strom, Abwassergebühren, Heizöl, Alkoholika, Tabak, Kleider, Schuhe, Transportkosten, Telefongebühren usw. entlastet. Diese Leistungen machen aber über die Hälfte des Warenkorbs aus. Die Wohnungsmieten bleiben ja nach wie vor mehrwertsteuerfrei. Hingegen wäre mit einer Mehrbelastung im Bereich des Gesundheitswesens und bei den Bildungskosten zu rechnen, die ca. 18 Prozent des Warenkorbs ausmachen.

zur person



Philipp Müller,
Nationalrat FDP,
Reinach/AG

Philipp Müller, Jahrgang 1952, gehört seit Dezember 2003 dem Nationalrat an und ist Mitglied der Staatspolitischen Kommission (SPK-NR), nachdem er auf Gemeinde- und Kantonsebene bereits politische Erfahrungen gesammelt hatte. Er ist Generalbauunternehmer und wohnhaft in Reinach/AG.

Unter dem Strich ergeben die jüngsten Berechnungen für einen durchschnittlichen Haushalt Mehrkosten von schätzungsweise sechs bis sieben Franken pro Monat. Weiter ist bei der Hotellerie zu bedenken, dass dem Aufschlag bei den Beherbergungsleistungen auf der anderen Seite geringere Mehrwertsteuerkosten bei Investitionen, Betriebsgütern und anderen Einkäufen gegenüberstehen.

Die Gewerkekammer hat gefordert, dass man das MwSt-Paket aufschnürt und die Revision des Gesetzes separat und umgehend ins Parlament schickt. Teilen Sie diese Meinung?

Nein! Die Vorlage muss solange wie möglich als Gesamtprojekt behandelt werden. Dies auch im Interesse der Wirtschaft. Jede Änderung des

Mehrwertsteuergesetzes führt bei den Unternehmen zu Umstellungskosten. Mit der Aufteilung auf zwei Vorlagen würden diese Kosten zweimal anfallen.

Falls die Frage der Ausnahmen und des Einheitsatzes tatsächlich auf massiven Widerstand stossen sollte, könnten diese Bereiche immer noch im Verlaufe des parlamentarischen Prozesses abgekoppelt werden. Zudem kann man nicht einen Teil schneller ins Parlament schicken, um Zeit zu gewinnen. Zuerst muss ja das Vernehmlassungsergebnis vorliegen, erst dann kann die Botschaft an das Parlament erstellt werden. Es würde auch wenig Sinn machen, mit der Beratung der Vorlage noch in der laufenden Legislatur zu beginnen. Damit soll sich das neugewählte Parlament gleich von Beginn weg befassen.

Wie sieht der Zeithorizont aus?

Gemäss Departement könnte die Inkraftsetzung frühestens im Jahr 2011 erfolgen.

Viele KMU sind überzeugt, dass es weniger auf die Gesetze ankommt als auf die Praxis der Steuerbehörden. Können Sie sich vorstellen, dass ein schnelles Umdenken möglich ist?

Seit der Einführung des Pragmatismusartikels in der Verordnung ist bereits ein Umdenken feststellbar. Man muss aber sehen, dass viele weitergehende Reformen nur auf der Gesetzesebene gemacht werden können.

Interview: PML





Informationsflut?

META-DOK ist das Dokumenten- und Wissensmanagement-System für KMU modern-flexibel-webbasiert
OPAG Informatik AG Fabrikmattenweg 11 4144 Arlesheim Tel. 061 716 92 22 meta-dok@opag.ch www.opag.ch



Tic Light

Tic Beleuchtungen AG
Binningerstrasse 92
CH-4123 Allschwil
Tel. +41 (0)61 485 99 00
Fax +41 (0)61 485 99 01
info@tic-light.ch

Licht erleben...

Besuchen Sie unseren Showroom in Allschwil.

www.tic-light.ch





Vor allem im Detailhandel hat die Preisbekanntgabe eine zunehmende Bedeutung.

Neue Wegleitung zur Preisbekanntgabe-Verordnung (PBV)

Für faire Preistransparenz

Der Bund will die Konsumenten noch besser vor fehlenden oder verfälschenden Preisangaben für Waren und Dienstleistungen schützen. Deshalb wurde die Wegleitung zur Preisbekanntgabe-Verordnung von 1978 revidiert.

Für **Jean-Daniel Gerber**, Chef des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), ist die intensive Überwachung der Preisbekanntgabe eine Daueraufgabe. Das SECO werde sich mit noch grösserem Engagement dafür einsetzen, dass Preistransparenz als Grundlage einer funktionierenden Marktwirtschaft erhalten werde.

Neue Verpflichtungen

In der neuen, leicht verständlichen Wegleitung sind der Flug- und Reisebranche neue Verpflichtungen aufgebürdet worden. So ist nun der Gesamtpreis mit Einschluss der Flughafentaxen und Kerosinzuschläge anzugeben. Kreditkarten-Herausgeber werden dazu angehalten, ihre Werbeformulare verständlich zu gestalten. Bei den 0900er-Telefonnummern muss der Preis in der Sprache des Angebotes unmissverständlich und kostenlos angekündigt werden, wenn die Grundgebühr oder der Preis pro Minute zwei Franken übersteigt.

Neu fallen auch die zahnärzt-

lichen Dienstleistungen unter die PBV. Zudem kündigte Staatssekretär Gerber an, dass Sonder- und Ausverkäufe künftig wesentlich stärker kontrolliert würden. Verstösse können übrigens mit Bussen von maximal 20'000 Franken geahndet werden.

Für **Jacqueline Bachmann**, Geschäftsführerin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), ist die neue Wegleitung immer noch lückenhaft. Die Pflicht zur Bekanntgabe der Preise sollte grundsätzlich für alle Dienstleistungen gelten – beispielsweise bei der Coiffeurbranche. «Da hapert es seit Jahren – die Preise werden hartnäckig gar nicht und nur ungenügend angegeben, wobei die grösseren Geschäfte mit Filialen das Problem besser im Griff haben als die Kleinen», hielt Bachmann fest. Sie fordert das SECO auf, mit dem Branchenverband «coiffureSUISSE» für Abhilfe zu sorgen. Dessen Präsident **Kuno Giger** hat sich zu Gesprächen mit dem SECO denn auch umgehend bereit erklärt.

Keine staatliche Marktüberwachung

Max Buholzer, Geschäftsführer des Schweizer Detaillistenverbands (sdv), betonte, dass der Verband die Bemühungen um transparente Preisbekanntgabe im Rahmen der PBV

unterstütze. «Der Vollzug der Verordnung darf aber auf keinen Fall zur staatlichen Marktüberwachung verkommen», betonte Buholzer. «Wie die Konsumenten sind auch die Anbieter mündig und urteilsfähig.»

Der sdv fordere die Zusammenarbeit aller involvierten Institutionen, um die Anbieter für berechnete Konsumentenangelegenheiten zu sensibilisieren. «Wir sind überzeugt, dass der Detailfachhandel bereits heute grossmehrheitlich die Preistransparenz fair, verantwortungsvoll und konsumentenfreundlich umsetzt.»

Vernunft walten lassen

Buholzer machte im Rahmen der Vorstellung der neuen PBV auch einen Vorschlag: Um den Aufwand der gewerblichen Detaillisten zu senken, sollten in Schaufensterauslagen Produkte mit einem Wert von maximal 20 Franken nicht mehr angeschrieben werden müssen. Der sdv-Geschäftsführer ist überzeugt, dass diese Regelung mit dem Sinn und Zweck der PBV vereinbar wäre, weil bei so niedrigen Beträgen die Konsumenten nicht wirklich getäuscht werden könnten. SECO-Chef Gerber nahm den Vorschlag als «prüfenswert» entgegen.

Patrick M. Lucca

Die neue Wegleitung kann gratis bezogen werden beim Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), 3003 Bern (Art.-Nr. 704.200d) oder über: www.bundespublikationen.admin.ch

gütertransport

Massive LSVA-Erhöhung stoppen

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) und der Schweizerische Bauernverband (SBV) haben Mitte Mai in einem Schreiben die Landesregierung gebeten, auf die per 1. Januar 2008 vorgesehene massive Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) zu verzichten. Für Lastwagen der Euro-Norm 3, die rund 60 Prozent der Schweizer Nutzfahrzeugflotte ausmachen, beträgt der vorgesehene Aufschlag bis zu 22 Prozent.

Die beiden Spitzenverbände sprechen sich strikte gegen derartige Pläne aus. Denn wie bereits die erste erhebliche LSVA-Erhöhung von 2005 gezeigt hat, werden durch eine Verteuerung der Abgaben lediglich das Gewerbe, die Industrie, die Transportunternehmen und die Konsumenten innerhalb der Schweiz zusätzlich belastet.

Keine Verlagerungswirkung

So sind die Transportkosten nach der Erhöhung 2005 um knapp 10 Prozent gestiegen. Die ursprünglich angestrebte Wirkung auf die Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene dagegen ist weitgehend ausgeblieben. Entsprechend wird auch eine neuerliche Anhebung der LSVA nichts dazu beitragen, dass der alpenquerende Strassenschwerverkehr durch die Schweiz von Grenze zu Grenze abnehmen wird.

Zweckentfremdung durch die Hintertüre

Die beiden Verbände hegen denn auch den Verdacht, dass das ganze Projekt in erster Linie dazu dient, die Bundeskasse noch stärker mit Geldern aus dem Strassenverkehr zu alimentieren. Die vorgesehenen neuen Abklassierungen jedenfalls weisen eindeutig darauf hin. Eine finanzpolitische Zweckentfremdung der LSVA aber widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen und kann auf keinen Fall akzeptiert werden. (SGV.)

Mit einem Inserat im

standpunkt

DER WIRTSCHAFT



erreichen Sie:

- 20 Mal pro Jahr
- über 17'500 Entscheidungsträger in der Nordwestschweiz
- persönlich adressiert

Formate/Tarife:

Magazinformat:	235 x 320 mm (Tabloid)		
1/1-Seite, nur Satzspiegel:	203 x 286 mm	CHF	3'600.-
1/2-Seite quer:	203 x 141 mm	CHF	2'050.-
1/2-Seite hoch:	99 x 286 mm	CHF	2'050.-
1/3-Seite quer:	203 x 91 mm	CHF	1'200.-
1/3-Seite hoch:	75 x 286 mm	CHF	1'200.-
1/4-Seite quer:	203 x 68 mm	CHF	900.-
1/4-Seite hoch:	99 x 141 mm	CHF	900.-
1/8-Seite quer:	99 x 68 mm	CHF	450.-
1/8-Seite hoch:	48 x 141 mm	CHF	450.-
1/8-Seite, seitenbreit	203 x 32 mm	CHF	450.-
1/12-Seite hoch:	48 x 91 mm	CHF	300.-
1/16-Seite hoch:	48 x 68 mm	CHF	225.-
2/1-Seite (Panorama)	Preis auf Anfrage		

Im Preis inbegriffen ist als Zweitfarbe das Redaktionsrot

Attraktive Wiederholungsrabatte, Zuschläge für Platzierung und Zusatzfarben.

Für Mitglieder der Wirtschaftskammer: 10% Rabatt auf allen Inseratepreisen

Darüber hinaus bestehen folgende Insertionsmöglichkeiten:

- Eintrag im Firmenregister
- Publi-Reportagen (bezahlte redaktionell gestaltete Annoncen)
- Beilagen

Lassen Sie sich detailliert beraten oder bestellen Sie die ausführlichen Mediadaten bei:



Annoncen «Standpunkt der Wirtschaft»

Frau Simone Zihlmann, Atelier Donelli,
Gotthelfstrasse 102/Postfach, 4009 Basel

Tel. 061 303 83 55 Fax: 061 302 30 77 E-Mail: donelli@freesurf.ch

Die kompletten Mediadaten können auch direkt von der Internet-Site der Wirtschaftskammer Baselland www.kmu.org heruntergeladen werden.

Generalversammlung des Verbandes Basellandschaftlicher Elektroinstallationsfirmen VBLEI

Bürokratische Auswüchse



Generalversammlung des VBLEI im «Hirschen» in Diegten.

Zur ordentlichen Jahresversammlung trafen sich die Mitglieder des Verbandes der Basellandschaftlichen Elektroinstallationsfirmen VBLEI im Landgasthof «Hirschen» in Diegten. Neben den üblichen Jahresgeschäften stand in diesem Jahr auch die Wahl der Verbandsleitung für eine neue Amtsperiode auf dem Programm.

«Das vergangene Vereinsjahr stand im Zeichen einer deutlich besseren Wirtschaftslage...» Mit dieser erfreulichen Feststellung leitete Präsident **Guido Ermacora** seinen ausführlichen Jahresbericht ein.

Volle Auftragsbücher – dürftige Erträge

Doch die übervollen Auftragsbücher in der Bauhaupt- und Bau-nebenbranche sowie die damit in Aussicht stehenden Umsatzsteigerungen sollten hinsichtlich der Erträge aber nicht falsche Hoffnungen wecken. Die Ertragslage der Branche sei nach wie vor dürftig und würde keine grossen Sprünge erlauben.

Die bereits früher geäusserte Feststellung, dass viele Firmeninhaber oft weniger verdienen als ihre fachlich besten Mitarbeiter, treffe immer noch zu. Diese Tatsache beweist laut Ermacora im Übrigen auch die grosse Sozialverantwortung, die Ar-

beitgeber in der Elektrobranche wahrnehmen. Leider werde dieser Umstand von den Sozialpartnern nicht immer im ausreichenden Masse registriert und gewürdigt.

Neues Vorstandsmitglied

Es oblag Ehrenpräsident **Fritz Nägelin**, auch Mitglied des Zentralvorstands der Wirtschaftskammer Baselland, die Wahl von Präsident und Vorstand für eine neue dreijährige Amtsperiode als Tagespräsident vorzunehmen.

Vorerst mussten die Mitglieder aber vom Ausscheiden von **Martin Jaggi** aus der Verbandsleitung Kenntnis nehmen. Er gehörte dem Vorstand seit 1998 an und war im Besonderen als Chefexperte bei den Lehrabschlussprüfungen tätig. Sein grosses Engagement für den Verband wurde von Präsident Guido Ermacora verdankt und mit einem Geschenk gewürdigt, was von der Versammlung mit einem herzlichen Applaus quittiert wurde. Die Wiederwahl der bisherigen Verbandsleitung – **Alexander Binggeli, Guido Ermacora, Hansruedi Kellenberger, Heinz Lussi, Christian Matter, Markus Meier** und **Jürg Schaub** – war unbestritten. Als neues Vorstandsmitglied konnte **Raoul Wyss** (Firma Gysin-Debrunner AG, Liestal) gewonnen werden, der auch klar gewählt wurde.

Theorie und Praxis

Unter dem Traktandum «Informationen aus dem Vorstand» informierte Guido Ermacora über die offenen Fragen im Zusammenhang mit der Kontrolltätigkeit des eidgenössischen Starkstrominspektorats (ESTI).

Konkret griff er die Kontrollen der Kontrollbewilligungs-Inhaber auf. Dabei gehe es vor allem um die Grundsatzfrage, ob die blossе Beaufsichtigung überhaupt eine kostenpflichtige Kontrolle des ESTI beinhalte. Und falls ja: zu welchen Konditionen, weil die Höhe der Kontrollkosten exorbitant seien und in keinem Verhältnis zum Kontroll-Aufwand ständen. Deshalb empfahl Ermacora seinen Mitgliedern, jeweils Gruppenkontrollen zu verlangen, um so die Inspektionskosten in einem vernünftigen Rahmen zu halten.

13'000 neue Gesetzesseiten

Den präsidialen Steilpass zum Thema «Bürokratie» nahm **Markus Meier**, Vizedirektor der Wirtschaftskammer Baselland, dankbar auf. Seitens der Politik und der Verwaltung werde in letzter Zeit immer von der KMU-Entlastung gesprochen. Im Wirtschaftsalltag sei allerdings von weniger Gebühren und weniger administrativem Aufwand leider nichts zu spüren. «Genau das Gegenteil trifft zu», betonte Meier. Allein im letzten Jahr seien in unserem Land rund 13'000 neue Gesetzesseiten im Format A4 produziert worden. Um diese neue Vorschriftenflut sorgfältig zu studieren, müssten pro KMU rund dreieinhalb Monate Normal-Arbeitszeit eingesetzt werden! Unhaltbar! *MWB.*



Präsident Guido Ermacora.

ZPK-Präsident verabschiedet



Abschied und Neubeginn: Landrat Daniel Münger (l.) und Samuel Gauler.

Im Hinblick auf die Generalversammlung der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle (ZPK) vom 23. Mai 2007 hat der bisherige Präsident **Samuel Gauler** demissioniert, um seinen wohlverdienten Ruhestand anzutreten. Als neuer ZPK-Präsident wurde einstimmig Landrat **Daniel Münger** gewählt.

Samuel Gauler war der Mann der ersten ZPK-Stunde. Er hat massgebend an deren Aufbau mitgewirkt. Als Arbeitnehmer- und verantwortlicher Gewerkschaftsvertreter der Unia für den Raum Nordwestschweiz wirkte er aktiv in diversen weiteren Gremien mit, etwa in der Tripartiten-Kommission sowie in vielen Paritätischen Kommissionen in Basel-Stadt und Baselland. Dem operativen Team der ZPK eröffnete sich dadurch ein einzigartiges Netzwerk. Samuel Gauler konnte viel austeilen, aber auch viel einstecken. Er war ein Mann mit viel Humor, der immer versucht hat, Unstimmigkeiten im Gespräch zu bereinigen. Am 31. Mai 2007 hat er nun definitiv seinen Ruhestand angetreten.

Der neue Präsident der ZPK, Landrat Daniel Münger, ist ebenfalls als Gewerkschafter tätig: als Co-Präsident des Gewerkschaftsbundes Baselland. Des Weiteren wirkt Münger in zahlreichen Gremien mit, so zum Beispiel als Mitglied der Konsultativkommission für Wirtschaftsfragen Kanton Basellandschaft, als Mitglied im Vorstand Wirtschaftsförderung beider Basel sowie im Vorstand SAH Region Basel. Wir wünschen dem neuen Präsidenten einen erfolgreichen Start in seinem neuen Amt.

*Michel Rohrer, lic. iur.,
Geschäftsführer ZPK*

Generalversammlung von «suissetec nordwestschweiz»:

Moretti als Präsident bestätigt



Suissetec-GV unterhalten: die «Evergreen Horns» mit Liedern aus der guten alten Zeit.

Nach der Wahl von 2004 bestätigten Ende Mai an der 4. Generalversammlung die Mitglieder von «suissetec nordwestschweiz» Präsident Bruno Moretti (Schaub AG, Muttenz) für eine weitere Periode bis 2010. Wiedergewählt wurde ausserdem Kassier Hansueli Ammeter (Rosenmund Haustechnik AG, Basel).

Die sehr gut besuchte und bei prächtigem Wetter durchgeführte Generalversammlung folgte in Maisprach allen Anträge des Vorstandes. Die Jahresrechnung 2006 sowie das Budget 2007 wurden einstimmig genehmigt.

Bildung im Vordergrund

Im Vordergrund der diesjährigen Versammlung standen die Bildungs-

projekte qualifizierter Lehrbetrieb, der Lehrverbund «suissetec nordwestschweiz» sowie Bauen mit der Jugend – im Speziellen die beiden Sonderschauen an der vergangenen Swissbau vom Januar 2007: «SPIRIT-Effizienz am Bau» und «FLIPTec-BildungsArena». «Spirit» als dreigeschossiger Anbau an das bestehende Aus- und Weiterbildungszentrum in Liestal wurde vor den aktuell laufenden Anbauarbeiten in Liestal erfolgreich auf dem Messeplatz Basel präsentiert.

Als nächster Höhepunkt im laufenden Geschäftsjahr gilt Ende August die Einweihung von «Spirits» mit einem Grillabend für die Mitglieder, Sponsoren, Partner und Gäste sowie ein «Tag der offenen Tür» für die Bevölkerung am 1. und 2. September 2007.

Als Präsident wiedergewählt: Bruno Moretti.



Neue Mitglieder und Jubilare

Als neue Aktivmitglieder von suissetec nordwestschweiz willkommen geheissen wurden die Firmen **Corpataux Marcel**, Basel, **Sanitär Ari**, Basel, und **Olivier Jeker**, Büsserach, sowie als Partnermitglied die **Frei AquaService AG**, Sissach, und als Passivmitglied **Günter Merschmann**.

Präsident **Bruno Moretti** gratulierte den Firmen **Schneider AG**, Pratteln, und **Danzeisen Söhne AG**, Basel, zum 100-Jahre-Jubiläum, der **Herrli AG**, Arlesheim, zum 75-, der **Debrunner Acifer AG**, Frenkendorf, zum 50-, und der **Alltech Installationen AG**, Basel, zum 10-Jahre-Firmen-jubiläum.

Klangvolle Unterhaltung

Die von der Männerriege und der Gemeinde Maisprach hervorragend organisierte Generalversammlung wurde beim Apéro von einem Alphonduo klangvoll begleitet. Und zum Nachessen versetzten die «Evergreen Horns» die Verbandsmitglieder und Gäste mit ihren begeisterten Liedern in die 20er- und 30er-Jahre. zVg./ebo.

GV Bäckermeisterverband Baselland und Umgebung

Bäcker gehen zum Kunden

Die Revision der Statuten, die Einrichtung eines Lehrlingsfonds und die kontinuierliche Positionierung des Bäcker-Handwerkes im Bewusstsein der Bevölkerung waren die prägenden Themen der 103. Generalversammlung des Bäckermeisterverbandes Baselland und Umgebung, der aktuell 61 Mitglieder zählt.

In diesem Jahr versammelten sich die Baselbieter Bäckermeister im Restaurant Liebrüti in Kaiseraugst zu ihrer ordentlichen Jahresversammlung. Als Gäste konnten **Bruno Liebi** (Solothurner Bäcker), **Guido Maier** (Aargauer Bäcker) sowie **Kurt Hueber** und **Martin Huber** als Vertreter der Einkaufsgenossenschaft Pistor des schweizerischen Bäckerei-Gewerbes begrüsst werden.

Kunden pflegen

«Gehen wir mit unseren Bäckereien doch mal aus dem Laden raus.»

Präsident **Rolf Jeker** erinnerte in seinem Jahresbericht an die Regio-Beck-Werbung, mit der sich die Branche im Sommer 2006 auf eine sympathische Art und Weise profilieren konnte. Doch eine solche Kampagne alleine nützt wenig, ist der oberste Bäckermeister überzeugt. Der Kontakt mit den Kunden müsse laufend aktiv gepflegt werden. In diesem Sinne rief Jeker seine Mitglieder auf, sich jeweils auch an Gewerbeausstellungen oder lokalen Märkten zu präsentieren. Als lobliches Beispiele wurden die Teilnahme der Bäckerei Buchmann an der Gewerbeausstellung Münchenstein und der gemeinsame «absolut professionelle Auftritt» der Bäckereien Sutter und Jeker an der GAB in Breitenbach erwähnt.

Jeker erinnerte seine Mitglieder an die schon alte Weisheit, wonach ein Geschäft nicht mit gestrigen Methoden erfolgreich in die Zukunft geführt werden könne. Man müsse sich

der Zeit und den gewandelten Bedürfnissen laufend anpassen, um im Konkurrenzkampf – gerade mit den Grossverteilern – auch weiterhin bestehen zu können.

Investition in den Nachwuchs

Mit einem Startkapital von 5000 Franken schuf der Verband einen Lehrlingsfonds. Damit sollen Betriebsgefördert und unterstützt werden,

die sich in der Aus- und Weiterbildung des beruflichen Nachwuchses engagieren. Selbstverständlich wird der Bäckermeisterverband auch an der Berufsschau in Pratteln wieder teilnehmen, die vom 17. bis 21. Oktober stattfinden wird. Laut Vorstand will man sich in diesem Jahr künftigen Lehrlingen mit einem neuen Konzept und einem «frischeren» Auftritt präsentieren. MWB.



Vorstandstisch an der 103. GV des Bäckermeisterverbandes Baselland.

Generalversammlung der Metall-Union Baselland:

Kantonalverbände arbeiten partnerschaftlich zusammen



Viel neues und wichtiges wurde an der GV der Metall-Union Baselland vermittelt.

Das Verhältnis zur Schweizerischen Metall-Union, die Aktivitäten an der Berufsschau 2007 und die Zertifizierung der überbetrieblichen Kurse waren die zentralen Themen, über die an der diesjährigen Generalversammlung der Baselbieter Metallbauer orientiert wurde.

Auch in diesem Jahr wurde die Generalversammlung in einem idyllischen Rahmen abgehalten: Vor einem Jahr versammelten sich die Mitglieder der Metall-Union Baselland (MUBL) auf dem Sulzkopf. Heuer bot der Schlossohof in Peffingen eine nicht minder ländlich-rustikale Umgebung. Die teilnehmenden Metallbauer versammelten sich in einer mit prächtigen Kuhglocken ausgestafferten Scheune. Nachdem die Jahresversammlung just auf den Tag der Entscheidung in der schweizerischen Fussball-Meisterschaft fiel, war die Teilnahme leider nicht so zahlreich wie üblich.

ZPK-Kontrollen sind nötig!

In seinem Jahresbericht stellte Präsident **Georges Fünfschilling** dezidiert fest, dass die umfassende Kontrolltätigkeit der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle absolut notwendig ist. Dies um die Durchsetzung von zentralen GAV-Bestimmungen und die Bekämpfung der Schwarzarbeit zu

garantieren. Die Unterschreitung der GAV-Mindestlöhne sei nach wie vor der häufigste Verstoss, der bei fehlbaren ausländischen Mitbewerbern festgestellt werde und damit die gleichlangen Anbieterspiele deutlich beeinträchtigt.

Fehlende Submissions-transparenz

Im Weiteren stellte der Präsident in seinem Rückblick fest, dass die Submissionspraxis auch im siebten Jahr des neuen Beschaffungsgesetzes noch nicht zu befriedigen vermag. Die entscheidenden Stellen müssen weiterhin sensibilisiert werden, damit Vergabekriterien so gestaltet werden, dass sie transparent sind und dass möglichst viele Aufträge in der Region – das heisst: in den betreffenden Gemeinden und damit



Zufriedener Präsident Georges Fünfschilling.

im Kanton – vergeben werden, betonte Fünfschilling.

Gemeinsames Berufsbildungs-Engagement

Vizepräsident **Peter Meier** konnte vermelden, dass anlässlich der Berufsschau 2007 die Branchenverbände beider Basel erstmals gemeinsam auftreten werden. Diese Partnerschaft solle auch institutionalisiert werden. Das heisse: Sie werde inskünftig auch an der Basler Berufsmesse praktiziert. Am gemeinsamen Stand würden je eine separate Präsentation für die Bereiche Metallbau und Landtechnik stattfinden.

Unser gemeinsames Bier

Bereits Ende Januar dieses Jahres führten die beiden Kantonalverbände gemeinsam in der Aula der FHNW eine Informationsveranstaltung für Ausbildungsbetriebe durch. Dabei wurden die Ausbildungsschwerpunkte der – laut neuem Berufsbildungsgesetz revidierten Berufsbilder (Metallbauer, Metallkonstruktor, Metallbaupraktiker) vermittelt.

Im Sinne dieses Zusammenschlusses lud **Stefan Schmid**, Präsident der Metall-Union Basel-Stadt, die Baselbieter Berufskollegen zu einem gemeinsamen geselligen Sommeranlass ein, der am 30. August stattfinden soll. Auf dem Programm steht die Besichtigung der Basler Brauerei «Unser Bier».

Gespräche mit SMU laufen

Gemäss Auftrag der letztjährigen Herbstversammlung nahm der Vorstand die Gespräche mit der Schweizerischen Metall-Union wieder auf, um die Möglichkeiten und aktuellen Bedingungen einer Mitgliedschaft der Baselbieter im schweizerischen Dachverband noch einmal gründlich abzuklären. Sobald die «Offerte» aus Zürich vorliegt, will der Vorstand eine spezielle Informations-Tagung durchführen, an der sich der SMU den Mitgliedern der MUBL umfassend präsentieren kann. *MWB.*

aktuell

KMU-Unternehmerpreis Nordwestschweiz

Am 7. Dezember 2007 wird zum zehnten Mal der KMU-Unternehmerpreis Nordwestschweiz verliehen. Bewerbungen sind bis zum 13. Juli möglich.

Mit dem KMU-Unternehmerpreis Nordwestschweiz wird ein kleines oder mittelgrosses Unternehmen (bis 250 Mitarbeitende) ausgezeichnet, welches in den letzten zwei Jahren spezielle Beiträge zur Steigerung der Wirtschaftskraft unserer Region geleistet hat. Auszeichnungswürdig sind vor allem die folgenden Leistungen:

- Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region
- erfolgreiche Kooperationen
- zukunftsweisende Investitionen
- nachhaltige Projekte und besondere Exporterfolge.

Der KMU-Unternehmerpreis besteht aus einem Wanderpreis, einer Urkunde und einem Barbetrag von 10'000 Franken. Er wird von den Wirtschaftsverbänden der Region (Handelskammer beider Basel, Gewerbeverband Basel-Stadt, Verband Arbeitgeber Basel, Wirtschaftskammer Baselland) ausgerichtet.

Bewerbungsformulare sind erhältlich bei der Handelskammer beider Basel, Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel, Tel. 061 270 60 21, j.onori@hkbb.ch oder unter:

www.hkbb.ch/wDeutsch/Dienstleistungen/KMU_Unternehmerpreis.shtml.

Bewerbungsschluss: 13. Juli 2007

KMU
UNTERNEHMER-
PREIS
NORDWEST-
SCHWEIZ

GV des Verbandes Schweizer Unfallverhütungsfirmen VSU

Neu: «swiss safety»

Das wichtigste Thema an der diesjährigen VSU-Generalversammlung war zweifellos der neue Verbandsauftritt und die Festlegung eines neuen zeitgemässen Namens. Nach ausgiebiger Diskussion einigten sich die an der GV anwesenden Verbandsmitglieder mit Zweidrittel-Mehrheit auf: «swiss safety – Verband Schweizer PSA-Anbieter».

Als Highlights des Verbandsjahres 2006 bezeichnete Präsident **Urs J. Weder** den Erfa-Tag auf der NEAT-Baustelle in Sedrun und die Fachtagung zum Thema «Praktische Aspekte der Arbeitssicherheit», die mit 150 Teilnehmern eine Rekordbeteiligung verzeichnete.

Die Begleitung der vom Verband in Auftrag gegebenen Marktstudie

Schweiz, der neue Verbandsauftritt und die neuen EKAS-Richtlinien zur Arbeitssicherheit waren weitere wichtige Themen, mit denen sich die Verbandsleitung beschäftigt hat.

Auf Vernehmlassungsebene nahm der Verband umfassend Stellung zur Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung, zum Verordnungsentwurf über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer bei der Verwendung von Druckgeräten sowie zur Revision des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten.

Mitgliederzuwachs

Mit den Firmen **Brütsch Rüeegg AG**, Zürich, und **Jlco Professional AG**, Burgdorf, konnte Präsident Weder

zwei neue Aktivmitglieder im Schosse des Verbandes aufnehmen. Als neues Passivmitglied konnte die **Lobsiger & Partner GmbH**, Bettlach, gewonnen werden. Der Verband zählt damit 38 Aktiv- und 8 Passivmitglieder.

Neues Schulungskonzept

Vorstandsmitglied **Hanspeter Mathis** stellte das in einer Arbeitsgruppe erarbeitete neue Aus- und Weiterbildungskonzept des Verbandes vor. Dank guter Beziehungen zur österreichischen Schwesterorganisation kann ein auf schweizerische Verhältnisse adaptiertes Lehrmittel in Form einer Broschüre und einer ausgezeichneten Schulungs-CD übernommen werden.

schaften schon verschiedentlich zu Diskussionen geführt haben, will der Vorstand diese nun sehr kritisch hinterfragen und prüfen, welchen Nutzen sie effektiv bringen. Man darf auf das Ergebnis gespannt sein, das an einer der nächsten Generalversammlungen sicher für Gesprächsstoff sorgen wird.

Zwischenresultate zur Marktstudie

Nach der Behandlung der ordentlichen Geschäfte präsentierte **Michaela Fedier-Blättler** vom Forschungsinstitut IHA kurz die Zwischenergebnisse der seitens des Verbandes in Auftrag gegebenen Marktstudie «Arbeitsschutz Schweiz 2007»:



Verband Schweizer PSA-Anbieter
Association suisse d'entreprises EPI
Associazione svizzera di ditte per DPI
Association of Swiss PPE Suppliers




Breite Zustimmung zur neuen Verbandsbezeichnung und zum neuen Auftritt.

Eine kurze Präsentation überzeugte die Versammlungsteilnehmer von der didaktischen Qualität dieses Lehrmittels. Ausgehend vom revidierten Schulungskonzept will der Verband in Zusammenarbeit mit dem seco den Berufsstand des «Fachberaters für PSA» etablieren und auch ein entsprechendes eidgenössisches Diplom schaffen.

Überprüfung Mitgliedschaften

Die Mitgliedschaften im Schweizerischen Gewerbeverband und im europäischen Fachverband ESF belasten den Verband jährlich mit einem namhaften Betrag. Nachdem in der Vergangenheit diese Mitglied-

Die Schweizer Unfallverhütungsfirmen repräsentieren heute ein Marktvolumen von rund 210 Mio. Franken. Im Jahre 2000 lag das Volumen noch bei 166 Mio. Die Branche verzeichnete in den letzten sieben Jahren eine Steigerung von über 25 Prozent. Im Bereich von Schuhbekleidung und Fuss-Schutz war in diesem Zeitraum das grösste Wachstum zu verzeichnen. Dieser Teilbereich wuchs um rund 40 Prozent.

Die Marktstudie wird im Verlauf dieses Jahres abgeschlossen, und die definitiven Ergebnisse dürften dann spätestens an der nächsten Generalversammlung den Mitgliedern präsentiert werden können. *MWB.* 

Prozentissimo!

Sparen Sie **30%**
beim Kauf Ihres Upgrades

bis
15.07.2007

Jetzt Upgrade auf die Autodesk Releases 2008 bestellen und 30% sparen!

Autodesk startet eine grosse Preisaktion für Upgrades auf die aktuellen 2008er Versionen. Diese Aktion ist nur gültig bei einer Bestellung bis 15.07.2007.

Für mehr Informationen besuchen Sie unsere Website unter **www.CADinsider.ch** oder rufen Sie uns für eine unverbindliche Offerte an.

CAD PARTNER GmbH
CH-4104 Oberwil

Tel. 061 406 14 00
Mail info@CADinsider.ch

CAD
PARTNER

UEFA EURO 2008™-Festakt mit Enthüllung der «Count-down»-Uhr:
«One year to go» in Liestal



Countdown läuft am Bahnhof Liestal: Gruppenbild der «Enthüllungsgäste».

Am vergangenen Donnerstag, 7. Juni 2007, wurde am Bahnhof in Liestal die «EURO-o8-Countdown-Clock» offiziell enthüllt. Die Baselbieter Regierung gab damit den offiziellen Startschuss für die bereits intensiv laufenden Vorbereitungen für den grössten Fussball-Event der Region Basel.

Am 7. Juni 2008 wird in der St. Jakobs-Arena das Eröffnungsspiel der UEFA EURO 2008™ angepfiffen. Im Hinblick auf dieses Fussballfest wurde am letzten Donnerstag am Bahnhof Liestal die «Countdown-Clock» offiziell enthüllt. Die fünf Meter hohe EURO-o8-Uhr zählt nun die Zeit bis zu diesem Anpfiff rückwärts.

Die Enthüllung wurde von Persönlichkeiten aus dem Kanton und der Region begleitet: Landratspräsidentin **Elisabeth Schneider-Schneiter**, Regierungsrätin **Sabine Pegoraro**, Regierungsratspräsident **Urs Wüthrich-Pelloli**, der EURO-Delegierte beider Basel, **Hanspeter Weisshaupt**, Nationalrat **Hans Rudolf Gysin** sowie von den Fussballlegenden **Karli Odermatt** und **Massimo Ceccaroni**.

Stolzes Baselbiet

Der Baselbieter Sportdirektor Urs Wüthrich-Pelloli betonte in seiner Rede, dass Baselland stolz ist, eine prominente Gastgeberrolle einnehmen zu dürfen. Für die vielen Gäste und die einheimischen Fussballfans würden in der Region verschiedene «Public Viewing»-Zonen eingerichtet, wo die Spiele live auf Grossbildschirmen übertragen würden und Fan-Camps die Beherbergung ermöglichen. «Auch auf der Landschaft wollen wir die EURO erleben», betonte Wüthrich. Er freue sich, dass die UEFA – trotz der speziellen Projektorganisation in den beiden Basel – ein klares Bekenntnis zu Liestal und dem Fanzonen-Projekt in Liestal/Bubendorf abgegeben habe.

Sportliche Politiker

Nach der offiziellen Enthüllung erwartete die zahlreichen Gäste in der Allee unterhalb des Bahnhofs ein spezielles Highlight: Ein Torwandschiessen mit Mitgliedern der Regierung und des Landrates aus allen Parteien. Die Teilnehmenden hatten dabei die Aufgabe, die Fluggeschwindigkeit des Balls mit ihrem Schuss so nahe wie möglich bei 50 km/h zu halten. Unter der Aufsicht des Baselbieter Euro o8-Delegierten **Christoph Buser** sorgte das Morgenshow-Team **Marc und Studi** von Radio «Basel1» für eine stimmungsvolle Begleitung der Penalty-Schützen.

Jörg Krähenbühl siegte

Als erster Preis winkten ein Ticket-Gutschein für eines der Gruppenspiele der Schweizer Nationalmannschaft während der UEFA EURO 2008™ sowie für die Plätze zwei bis fünf je ein McDonald's-Gutschein. Der glückliche Gewinner des Torwandschiessens war der neugewählte Regierungsrat **Jörg Krähenbühl**, der mit einer Schussgeschwindigkeit von 50,13 km/h am nächsten an die Zielmarke von 50 km/h herankam.

Patrick Fiechter, Projektleiter Baselland Promotion 2008



Landratspräsidentin Elisabeth Schneider.



Regierungspräsident Urs Wüthrich-Pelloli.



Regierungsrätin Sabine Pegoraro.



Regierungsrat Jörg Krähenbühl.



EURO-Delegierter Hanspeter Weisshaupt.



Fussballer-Legende Karli Odermatt.



Fussballer-Legende Massimo Ceccaroni.



EURO-Ticket für den Sieger Jörg Krähenbühl.



Schützen: (hinten, v.l.) Landrat Ruedi Brassel, Regierungsrat Jörg Krähenbühl, Landrat Georges Thüring, Euro o8-Delegierter für BL Christoph Buser; (vorne) Massimo Ceccaroni mit Junioren des FC Liestal.